

Friedensbedingungen zu friedlichem Ende zu führen und sich die Okkupation Bosniens für die erste Gelegenheit auf eigene Faust vorzubehalten. Aber dafür, daß beim Schlusse eines Krieges, an dem sie nicht teilgenommen, der einen Macht von Europa einen Gebietszuwachs zuerkennen werde, während der Sieger alles erungene Terrain fahren lasse, gebe es wohl in der Diplomatie kein Beispiel.

Graf Andrassy zählt mir hierauf die Argumente vor, mit denen er die Deduktionen Bismarcks bekämpfte. Ich verjuche nicht, sie hier zu reasumieren. Ich erwähne nur, daß er dem Grafen Herbert außer der Bemerkung, daß Fürst Bismarck ihn ziemlich spät von dieser seiner Auffassung in Kenntnis setze, sehr ruhig und sachlich entgegenkam. Als jedoch der sonst so sympatische junge Graf diese Ausführungen mit einem kaum merklichen Achselzucken hinnahm, als wollte er sagen: „Was nützt das alles, wenn mein Vater nicht will?“, sei er (Andrassy) doch etwas nervös geworden und vom Tisch aufgestanden. „Ich venke.“ sagte er trocken. „Ihr Herr Vater hat mir einen Rat erteilt und gewisse Besorgnisse ausgesprochen wollen? Ja? Nun, ich teile diese Besorgnisse nicht und es ist zu spät, Rat einzuholen in einer Sache, die reiflich erwogen ist. Der Antrag wird eingebracht werden und, wie ich überzeugt bin, auch die Unterstützung Ihres Herrn Vaters, auf die ich immer gerechnet habe.“ Und überdies fragte: „Also, Excellenz, was in Vater sagen?“ erwiderte Graf Andrassy Stimme: „Sagen Sie Ihrem Vater, daß vorichtig und bis zur Feigheit ängstlich einen Entschluß zu lassen gilt; daß ihn einen Entschluß erwogen und gefaßt hat, niemand aus Erden davon abbringen kann, auch der Fürst Bismarck nicht.“

Ich sah den Grafen nach dieser Mitteilung voll ehrlicher Bewunderung, aber auch tragend an. „Sie meinen, ob ich wirklich darauf baue, daß mich Bismarck nicht doch im Stiche läßt? Ja, zweifel keinen Moment daran. Es war ein Sprachsatz, der letzte Versuch, dem russischen Groll auszuweichen. Wenn er sieht, daß ich mich nicht scheiden lasse, wird er beherzter mit mir gehen als früher.“

Graf Andrassy täuschte sich nicht. Er fand noch morgens, bevor er zur Sitzung ging, die Botschaft des Reichstages vor, daß er, wenn es also bei der Proposition Salisbury bleiben solle, auf die volle, loyale Unterstützung des Freundes rechnen könne. Und sie stellte sich auch in reichlichem Maße ein. Nicht nur, daß die Präsidialmacht die erste war, welche die (von Andrassy selbst verfaßt, mir durch die diktierte und von Baron Rasafel Páner ins Französische übersezte) Motion Salisbury unterstützte, so hat Fürst Bismarck auch den türkischen Bevollmächtigten gegenüber, welche den Vorschlag bekämpften, die Abstimmung in derselben Sitzung vornehmen und die Annahme konstatieren lassen, eine Art Gewaltstreich denn ohne Zustimmung gab es keinen Beschluß. Von Fürst Bismarck nahm es die Welt hin, daß er erklärte, für die türkischen Vertreter das Protokoll zum nachträglichen Beitritt „offen zu lassen“.

Ich schließe hiemit diesen Zyklus von Betrachtungen und Daten über das Zusammen- und Gegenwärtigen zweier Staatsmänner, zwischen deren Eigenart, wenn auch nicht zwischen den Dimensionen, in denen sie sich betätigt haben, eine Parallele ebenso zulässig wie interessant wäre. Was ich zeigen wollte, daß der Minister, der Oesterreich-Ungarns Politik in neue Bahnen lenkte, nicht unwürdig war, neben dem Schöpfer des Deutschen Reiches als freier,

oft die ganze Welt aufs schmerzlichste verspürt. Darum empfand auch der große Bismarck ein instinktives Grauen vor jedweder Damenpolitik, und dabei dachte er an ganz andere Damen, höhere, stärkere, als die von der weiblichen Winteldiplomatie. Auch diese können wohl sehr gefährlich werden. Man erinnert sich, wie vor etwa zwanzig Jahren der französische Kriegsminister zur Erkenntnis kam, daß die Fremdin, die ihm seine Musejungen verschönerte, eine durch ganz Europa verächtliche Wirteldiplomatin war. Die Entlarvung bringt jedoch in solchem Falle auch schon die Korrektur: das Insekt wird einfach abgeschüttelt.

Bismarck ist mit seinen Damen, die ja auch ein gewisses Recht mizusprechen besaßen, nicht so leicht fertig geworden, und so verbrauchte er seine Nervenkraft eigentlich im Kampfe gegen das Unabänderliche. Was immer hienieden durch den Mann geschah, daran wird im Dämmerlicht der Hinterbühne die Frau mitwirken. Man kann sie aus der Welt nicht hinwegdenken, kann ihr nicht entrinnen und kann sie nicht entbehren. Die Erde braucht sie, und der Himmel erst recht. Was wäre die Kirche ohne die Allgewalt der geheimen weiblichen Bundesstruppen? Und wie versteht sie es, diese Garde gegen den armseligen Mann zu verwenden, „sogar die Körper ihrer jungen Töchter für höhere Zwecke zu gebrauchen“. Es sind Worte Schillers, und er leigt uns auch das Schlüsselwort. Nachdem Alba mit Domingo, der Soldat mit dem Priester handeleins geworden, sagt Domingo: „Noch mangelt, unser Bündnis zu vollenden, die dritte, wichtigste Person.“ Und diese wichtigste Person ist ihm die Prinzessin Eboli, welche den alternden König in ihr Netz einsangen soll. Die wichtigste Person ist Delila. Der Superlativ ist sehr schmeichelhaft für die Frau, und ob er ihr gebührt, wer könnte es bezagen, wer verneinen? Eine Macht, die man nicht fassen kann, die sich stets zwischen ihren Schleim verkrüppelt, läßt sich nicht berechnen, nicht abwägen. Der würde bald im Dicksicht stehen bleiben, der es unternähme, dem weiblichen Einfluß auf seine geheimen Fährten, seinen Schleichwegen und Schmugglerpfaden nachzugehen, diesem Einfluß, dem, im Guten und Bösen, im Großen und Kleinen, die Frau oft ganz unbenutzt ausübt, der Mann oft ganz unbenutzt erduldet. Nur diese Last läßt sich sehen und greifen: der Mann hat die Kraft, und die Frau hat den Zauber, diese Kraft zu brechen — Delila hat ihre Schere.

kühner Geist und stahharter Charakter zu bestehen, habe ich noch meinem schwachen Können und meiner starken Ueberzeugung gezeigt. Diese Erörterungen münden in keinen Kanonikus. Ich möchte eher die Generation, deren älteste den Grafen Andrassy wirken gesehen hat, darauf verweisen, daß der Mann, der seine Tage dem Vaterland geweiht hat, nicht nur Erfolge, sondern auch ein geistiges Testament hinterlassen hat. Es lautet: Vertrauen um Vertrauen für den Freund — Wachsamkeit und Entschiedenheit gegen Feinde. Die erste Hälfte dieses Testaments haben seine Nachfolger in Ehren gehalten. Wenn ein Patriot mit Besorgnis fragen muß, ob an dem zweiten Teil des Vermächtnisses mit gleicher Pietät festgehalten wird, so wird er sich vielleicht nicht gleich bestimmte Antwort geben können. Aber er muß sich als mildmütigen Umstand die Erwägung in die Waagschale werfen, daß seither Oesterreich wie Ungarn in sich selbst und beide ineinander so viel in n e r e Feinde erblickt, daß sie an äußere gang und gar zu vergessen scheinen.

Orden für Abgeordnete.

Wien, 1. Februar.

Der erwartete Sternschnuppenfall ist bisher ausgeblieben. Gewöhnlich kommt er um die Zeit des Johannisfestes, wenn die Tage am längsten sind und die sommerliche Wärme alle Wünsche und Triebe in den Menschen verstärkt. Deshalb stimmt es mit den Erfahrungen der Naturforscher, daß der kalte und graue Februarhimmel so unfruchtbar geblieben ist. Man glaubte, die Beendigung der Wahlsform werde den Anstoß bieten, um einigen parlamentarischen Vertretern das Knopfloch zu schmücken und die melanchohsische Oede vom Frost wegzuschreiden, die so trüblich macht, wenn die Nebenmenschen und Nebenbuhler in Gold und Edelsteinen glänzen. Da kam die Meldung, polnische Abgeordnete hätten den Wunsch ausgesprochen, daß der Uebergang der österreichischen Wähler zu demokratischen Einrichtungen nicht damit beginnen soll, neue Ordensritter zu schaffen. Der Obmann des Polenklubs, David v. Abrahamowicz, hat in einem Schreiben an unser Blatt die Wahrheit dieser Nachricht bestritten, aber Tatsache bleibt, daß bisher die Gerüchte von einem großen Ordensschub sich nicht bestätigt haben. Allein die widersprechenden Nachrichten haben eine Gedankentriebe gewekt und von selbst zu der Frage geführt: Wie soll das Verhältnis der Abgeordneten zu der Krone, die Verleihung einer solchen Auszeichnung an Vertreter des Volkes, beurteilt werden? Wie ist deren Verhältnis zum öffentlichen Gefühl, zum politischen Instinkt und zu jener höheren politischen Strenge, die nach ihrem Wesen mit dem eigennützigen Sittensphertum nichts Gemeinsames hat?

Die Antwort auf diese Frage, die für die Stellung des Parlamentes und seiner Mitglieder keineswegs unwichtig ist, kann nicht in dem Hinweis auf die Gewohnheiten anderer Staaten liegen. Fremde Beispiele sind äußerst selten vollkommen überzeugend, weil sie häufig aus ganz verschiedenen Voraussetzungen entspringen und in der Politik jede Frage österreichisch beurteilt werden muß, lokal mit dem ganzen Erdgeruch unseres Landes. Wenn es schon keine österreichische Sprache gibt, so gibt es doch sicher österreichische Begriffe, österreichische Neigungen und Abneigungen, und jedenfalls eine aus unserer ganzen Geschichte entspringende Politik. Aber vielleicht macht es doch einen gewissen Eindruck, wenn man in dem bekannnten englischen Nachschlagewerk, dessen Titel „Wer, wessen?“ lautet, blättert und sieht, daß keiner der großen und mächtigen Parlamentarier, nicht Balfour, nicht Chamberlain, auch nicht der jetzige Schatzkanzler Asquith und der berühmte Historiker und langjährige Abgeordnete Bryce — daß keiner dieser Männer einen Orden hat. Auch damit wäre nicht viel geschehen, wenn mit Achselzucken über die ganze Ordensfrage hinweggegangen werden sollte. Nun gewiß, es ist ja so leicht zu sagen: Wozu dieses ganze Spielzeug, das Würden, aber keine Würde, das Ehren, aber keine Ehre geben kann? Wer in politischen Fragen gegen Tatsachen, gegen die vorhandenen starken Neigungen kämpft, wer immer warten möchte, bis die menschliche Natur sich verändert und sie nicht nehmen will, wie sie einmal ist, der soll gesellschaftliche Staatsromane, Zukunftsblätter schreiben, aber keine praktische Politik treiben. Wir stehen vor der Erscheinung, daß Ordensbänder und Ordenskreuze, auf der Brust, in der Deffnung des Hemdkragens und gar rings um die Schulter geschlungen, die größte Anziehung ausüben. Vielleicht werden Jahrzehnte vergehen und vielleicht noch längere Zeiträume, bis auch diese Leidenschaft in den Menschen erloschen sein wird, bis die Mächtigen der Erde auf dieses gewaltigste aller Regierungsmittel werden verzichten müssen. Es wird ja nicht bloß in monarchischen Staaten angewendet. Viele tausende Franzosen sind täglich bereit, ihren kleinen Fingert zu opfern, wenn sie dafür das rote Ehrenband der Ehrenlegion im Knopfloch tragen dürfen. Wer es nicht bis zu diesem Kreuz bringt, greift doch gierig nach dem Ehrenzeichen für landwirtschaftliche Verdienste und nach dem Band für Leistungen auf dem Gebiete des Unterrichts, kurz, nach allem, was ihn vor seinen Mitbürgern auszeichnet und öffentlich zu einem Manne von höherer Bedeutung zu machen scheint. Und die Bürger der Vereinigten Staaten, dieses großen und, wenn von der Schweiz abgesehen wird, ältesten demokratischen Gemeinwesens sind auch glücklich, wenn sie den Titel von Majoren oder Kapitänen führen können, obgleich hietzt diejen kriegereischen Bezeichnungen sich nur die ehrenhafte Disziplin eines Wehlschabers der Feuerwehlförps verbirgt. Der Orden des Offiziers und des Beamten ist freilich ganz anders zu beurteilen, als der Orden des Bürgers und des Abgeordneten. Der Offizier, der sein Leben für den Staat in die Schanze schlägt oder schlagen will und Jahrzehnte hindurch in Kälte und Regen, in Hitze und Dürre das schwere Handwerk des Kriegers auf sich lädt, der soll auf seinem Rock vor aller Welt das Zeugnis tragen, daß er ein mutiger und braver Soldat gewesen sei. Auch der

Staatsbeamte, der seine Kräfte oft für geringes Entgelt der Öffentlichkeit gewidmet hat, der soll in der Auszeichnung den Beweis erkennen, daß auch der oberste Träger der Volksgewalt im Staate ihm sein Auge zuwendet und seine Verdienste durch ein anerkanntes Zeichen vor aller Welt zur Anerkennung bringt.

Der Abgeordnete ist in einer durchaus verschiedenen Lage. Jeder Orden, der ihm nicht für seine Tätigkeit in der Gemeinde und im Lande, sondern für seine parlamentarischen Leistungen verliehen wird, kann zu Bedenken sehr delikater Natur führen. Was ist der Abgeordnete? Ein Teil der gesetzgebenden Gewalt. Er hat Rechte und Pflichten, die ihn von keinem einzelnen Menschen verlieden werden können, sondern die in gleicher Weise auf der Verfassung beruhen, wie das Recht der Krone, Gnaden und Auszeichnungen zu verleihen. Schon in dem Begriffe eines Parlamentes liegt das Merkmal, daß es dem Monarchen nicht untergeordnet, sondern beigeordnet ist. In der Einleitung zu jedem Gesetze heißt es, daß es mit Zustimmung oder Genehmigung beider Häuser des Reichsrates in Kraft komme. Es können Fälle entstehen, in welchen das Recht des Abgeordneten sogar in Gegensatz zur Krone und deren Ministern treten muß, wenn es sich darum handelt, widersprechende Meinungen über die Verfassung und über die Grenze der Volksgewalt auszutragen. Da nun das vielumstrittene Wesen der Sittlichkeit darin besteht, einen von der Natur oder der Gesellschaft gewollten Zweck durch bewußtes Pflichtgefühl zu klären und zu verdeuteln, so gibt es auch für den Abgeordneten keine höhere Moral als die vollständige Wahrung seiner Unabhängigkeit. Denn er hat ein Mandat und damit den Beruf, die in der Verfassung genau umschriebenen Rechte des Volkes im gesetzgebenden Körper zu vertreten. Volksrecht und Kronrecht sind jedoch nicht immer in Uebereinstimmung und können es auch nicht sein, weil in jeder kontrollierenden Tätigkeit mit Notwendigkeit der Gegensatz gegen die ausübende und vollstreckende Tätigkeit stehen muß. Daraus geht hervor, daß der Abgeordnete in einer ganz besonderen Stellung zur Krone ist, in einem Verhältnis, in welchem sich kein anderer Bürger befindet. Denn gerade seine oberste Sittlichkeit besteht darin, daß er nicht dem Einfluß der Krone, weder ihrer Gunst, noch ihrer Ungunst, unterliegen und von seinen Meinungen durch solche äußere Beweggründe nicht abgebracht werden soll.

Wer jedoch die Handlungen eines anderen zu überprüfen hat, und wer die Machtvollkommenheit dazu unmittelbar aus der Verfassung, mittelbar aus dem Volke selbst schöpft, kann unmöglich Beweise der Gnade von dem annehmen, dessen Politik seiner Prüfung unterzogen ist. Wenn er es dennoch tut, mag er trotzdem unabhängig bleiben, weil Orden und Titel durch ihre allmächtige Verallgemeinerung zuweilen nur als Höflichkeiten gelten, die zu bestimmten Anlässen üblich sind, aber gegenseitig nicht binden und nicht einmal verbinden. Allein das einfach denkende Volk wird doch immer den Eindruck haben, daß der Orden für parlamentarische Leistungen sich in einem inneren Gegensatz zum überkommenen und natürlichen Pflichtkreis des Abgeordneten befindet. Wenn es Volksorden gäbe und das Volk in einer plebisziären Abstimmung auch seine Dankbarkeit durch Kreuze und Bänder ausdrücken könnte, würde ein solcher Schmutz nur ein Zeichen der vollen Uebereinstimmung zwischen den Wählern und dem Gewählten sein. Das wären Orden für vollstimmliche Gesinnung und Leistungen volkstümlicher Gesetzgebung. Orden eines Fürsten, die Abgeordneten gegeben werden, entspringen dagegen der ganz unrichtigen Auffassung, als Bekleidung der Abgeordnete ein ihm verliehenes Amt wie ein Postamt oder ein Sektionschef, und als wäre er für die Tätigkeit als Volkstervereiner in denselben Formen zu entlohnen, wie dies in der Bureaufkratie üblich und vielleicht nützlich ist. Die Wähler scheinen mehr Geschnad an ordenslosen Abgeordneten zu haben. Deshalb war es gut, in dem Augenblicke, in welchem unsere gewählten Vertreter einen sehr schweren Weg betreten und einen höchst ungewissen Kampf beginnen, sie nicht durch ein Zeichen der Gunst von oben der Gunst nach unten zu empfehlen. Die alte, ziemlich naive Menschheit des Behängens mit Bändern und Sternen, die uralte Methode des Feudalkraates, zu Gehorsam und Dienstfertigkeit aufzumuntern, übt wenig Reiz aus in einem Augenblick, in dem mehr denn je die Verteidigung der Unabhängigkeit, die feste, entschiedene Loslösung von dem alles umhüllenden, vielleicht noch nie so schrankenlosen Regierungseinfluß am Plage ist. Es wäre eine schlechte Einleitung in das Zeitalter des allgemeinen Stimmrechtes, wenn die Abgeordneten, die nun mehr denn je im Volke wurzeln sollen, als Etikette gleichsam die Zeichen amtlicher Empfehlung in den Wahlkampf mitbekämen. Die Wirkung könnte sehr leicht gegensätzlich sein. In Wählerversammlungen pilgern Ordensbänder wenig zu nützen. Und wer als von oben berufen erscheint, wird selten vom Volke auserwählt.

Raiengedanken über die Wahlen in Oesterreich.

Von Hermann Bahr.

Berlin, 31. Januar.

Zum erstenmal soll in unserem alten Oesterreich jetzt versucht werden, einen wirklichen Stapt aufzurichten. Nicht mehr zum Vorteile, nicht mehr nach den Launen einzelner, nicht mehr für die „Familien“, für irgend welche Klassen, irgendwelche Sippen, sondern nach dem Willen, den der Streit aller Kräfte zuletzt ergibt, aus den Bedürfnissen der gesamten Nation heraus, soll jetzt regiert werden. Zum erstenmal ist eine wahrhafte Politik bei uns möglich geworden, die nichts als der Ausdruck unserer Wirklichkeiten zu sein hat. Es ist uns möglich geworden, wirklich zu werden. Bisher war alles nur Tand und Trug, in Schminken, hinter Masken. Jetzt zum erstenmal wird uns gewährt, unser wahres Gesicht zu zeigen. Man wird jetzt

### Parlamentarische Vorzeichen.

Wien, 1. Februar.

Die Wahlen für das Haus des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes werden in den nächsten Tagen ausgeschrieben werden. In Deutschland lag zwischen der Auflösung des Reichstages und den Neuwahlen ein Zeitraum von ungefähr sechs Wochen, aber das Wahlverfahren in Oesterreich ist infolge der langen Fristen für die Auslegung der Wählerlisten, für die Reklamationen, weil es sich um die Schaffung einer ganz neuen Organisation bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes handelt, ein viel zu kompliziertes, als daß die Wahlen schon etwa für Mitte März ausgeschrieben werden könnten. Statthalter Graf Kielmansegg hat gestern in einem Gespräch mit einem unserer Mitarbeiter die Bemerkung einfließen lassen, daß er in Niederösterreich für die Vorbereitung der Neuwahlen einen Zeitraum von mindestens dreiundsiebzig Tagen benötige. Die anderen Landeschefs sind darin noch viel weiter gegangen und haben zweiundneunzig bis hundertzwanzig Tage für die Vorbereitungen beansprucht. Insbesondere ist es das Land Galizien, wo sich die Vorbereitungen sehr schwierig gestalten und wo der längste Termin hierfür verlangt wird. Die Wahlen können demnach erst im Monat Mai stattfinden, und es ist auch bereits ein bestimmter Tag, und zwar der 15. Mai, als Hauptwahltag in Aussicht genommen. Nur für Galizien besteht eine Ausnahme. Dort sollen die Wahlen zwischen dem 15. und 20. Mai durchgeführt werden. Wir stehen daher vor einer Wahlkampagne, die sich über dreiundneunzig Monate erstrecken wird. Der Abschluß der Neuwahlen bedeutet aber hierzulande noch lange nicht den Beginn der Parlamentarisation. Hier, wo jede Wahl nicht nur neue Männer, sondern auch neue Parteien auf dem Plan erscheinen läßt und wo jeder Parlamentssession Versuche vorausgehen müssen, die Arbeit im Parlament zu sichern, ist jede Regierung gezwungen, bevor sie im neugewählten Hause erscheint, das Terrain zu sondieren, die Parteiforderungen auf ihre Echtheit und Tiefe zu prüfen und die Vorbedingungen für ein, wenn auch nur formales Zusammenwirken der Parteien zu schaffen. Nach den Wahlen im Jahre 1901 gingen Verständigungskonferenzen der neuen Session voraus, aber zu einer Neuausgabe derselben wird es diesmal nicht kommen, da man sich unterdessen überzeugt hat, daß die Verständigung am ehesten in einer Verständigungskonferenz scheitert.

Der Reichsrat wird daher auch diesmal erst zusammenzutreten, nachdem der Ministerpräsident mit den zukünftigen Parteiobermännern die Präliminarien für den Parlamentsfrieden vereinbart haben wird. Im neuen Hause werden die Parteien aller Voraussicht nach ein wesentlich verändertes Bild bieten. In nationaler Beziehung ist dies gewiß, denn dies folgt aus der Wahlreform, welche die nationale Konfiguration des Abgeordnetenhauses so wesentlich verschoben hat. Aber große Verschiedenheiten werden sich auch innerhalb der Landsmannschaften ergeben. Weit mehr als bisher werden die Magyaren, deutsche und tschechische, in der Form wirtschaftspolitischer Organisationen hervortreten. Die Christlichsozialen werden die Nachfolger der Ultraliberalen an sich ziehen und eine gebietende Stellung zu erlangen suchen, die um so stärker sein wird, wenn es dieser Partei gelingen sollte, ihre Position in Wien zu behaupten. Im tschechischen Lager hat bereits ein Kampf um die Führung begonnen, und der Anhang des Klubobmannes Dr. R. Ramarz richtet sich bedenklich. Man behauptet, daß von den 108 tschechischen Mandaten höchstens 22 bis 25 Kandidaten zusammentreten, welche sich unter seine Fahne stellen wollen. Das Schicksal der Alttschechen erneuert sich an den Jungtschechen, nur nicht so hart, wie es Rieger und Mattusch erfahren haben. Dazu fügen die Jungtschechen zu fest im Sattel, das heißt im Kabinett. Eine neue slavische Partei werden die Ruthenen bilden, die bisher nur als eine Tischgesellschaft ein Dreimillionenvolk repräsentiert haben. Bei der Zerissenheit, die in unserem Abgeordnetenhause, wenn sie nicht herrscht, so immer zu befürchten ist, kann es leicht geschehen, daß eine ruthenische Partei von etwa 30 Mann zuweilen zu ausschlaggebender Bedeutung gelangt und die viel begehrte Rolle eines Jünglings an der Waage spielt. Ein Volk, welches sich bisher aus eigener Kraft und eigenen Mitteln nicht einmal durch Stellung von Interpellationen und genügen unterstützten Anträgen im Parlament geltend machen konnte, wird jetzt in den Stand gesetzt sein, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen und vielleicht sogar in gewissen Fällen herbeizuführen.

Daß sich das Gefüge der deutschen Parteien lösen wird und neue Gestaltungen aus den Wahlen hervorgehen werden — hofentlich im Sinne der Einheitlichkeit der freisinnigen Abgeordneten — hat sich schon durch mannigfache Anzeichen vorher angekündigt. Zudem werden die deutschen Reichsteile das Hauptkontingent für die sozialistische Partei stellen, der man eine Stärke von 50 Mandaten prophezeit. Wie sich die neuen Männer und Parteien zueinander und zur Regierung stellen werden, darüber wird man vor Eröffnung des Reichsrates sich klar zu werden versuchen. Das umfangreiche Geschäft der Konstituierung wird man in Vorkonferenzen zu vereinfachen suchen. Der Winterfavorit für die Präsidentenwürde ist Dr. Ebenhoch, aber das Derby wird öfters auch von Ousibern gewonnen. Und gleich wichtig, wenn nicht bedeutender, ist die Feststellung eines neuen Schlüssels für die Ausschusswahlen. Bei dieser Ausmessung der Anteile an der parlamentarischen Macht werden die Deutschen ihre Zukunft im Parlamente mathematisch ausrechnen können. Die Slaven werden für sich allein die Majorität in allen Ausschüssen ausmachen.

Die Einberufung des Reichsrates wird erst nach erfolgtem Einvernehmen der Regierung über alle diese und andere Fragen erfolgen und vorläufig ist der 12. Juni als erster Sitzungstag des neuen Hauses in Aussicht genommen. Der Reichsrat wird also nur

erst sehen, wie dieses Land eigentlich ist, was es will, was es kann. Aber damit sind wir jetzt auch alle verantwortlich geworden. Früher sind wir ja nur Fremde im eigenen Lande gewesen; zum Schein, zum Spaß haben wir in der Bosse der politischen Ränke gelinde mitspielen dürfen, aber niemals war es der Wille der Nation, der geschah. Jetzt wird dieser herrschen. Da hat der einzelne keine Ausrede mehr. Das neue Recht ist eine neue Pflicht. Bisher waren wir Opfer jeder schlechtesten Regierung. Fortan würden wir ihre Mitschuldigen sein.

Wir haben das allgemeine Wahlrecht. Dies bedeutet: unser Staat, bisher Werkzeug der wenigen zur Unterdrückung der vielen, kann jetzt zur politischen Form unserer wirklichen Bedürfnisse, unserer Entwicklungen, unserer wirtschaftlichen und geistigen Wahrheiten werden. An uns ist es, ihn durch die Tat dazu zu machen. Es gilt keine Ausrede mehr. Nun muß jeder aus seinem Winkel heraus.

Ausdruck, Form der wirtschaftlichen und geistigen Wahrheit in unserem Lande, des wirklichen Lebens unserer Nationen soll dieser neue Staat sein, der jetzt beginnt. Was der sorgenschwere Bauer hinter seinem Pfluge, was der notbedrängte Arbeiter, was der Städter in seiner Hast, was der einjame Künstler, was der vorschauende Denker, was jeder für sich braucht, kann er fordern, sein Gebot mißt sich mit dem des anderen, und der beste Wille, jener, der die höchste Kraft einzusetzen hat, ringt sich durch. Dies haben wir uns errungen. Jetzt wollen wir es uns auch zu behaupten wissen.

Aber da lächeln die Spötter klug und sagen: „Wir sind neugierig, wie lange es dauert, bis euer Rausch verflogen sein wird. Und neugierig auf euren Kater. Der kann nicht ausbleiben. Von einem wirklichen Oesterreich träumt ihr? Abwarten. Es wird sich bald genug zeigen. Denn kein Zweifel, ihr lieben Enthusiasten: „Euer wirkliches Oesterreich wird kerikal sein!“

So will man es jetzt aus den politischen Sternen lesen. Ein kerikales Oesterreich! Dafür habt ihr am Ende mit all eurer Leidenschaft nur gerungen!

Wird das neue Oesterreich, wird dieser Ausdruck der österreicherischen Wirklichkeit, wird er wirklich kerikal sein? Sind wir es denn? Wer unter uns ist es denn?

Dazu müßte man aber vorher erst einmal fragen: Was ist kerikal?

Was ist kerikal? Ich kenne manche Herren dieser Partei und einige schätze ich sehr. Aber ich weiß keinen unter ihnen, der mir den Eindruck machen würde, fromm zu sein. Fromm ist, wer seinem armen menschlichen Bestande nicht zutraut, den Rätselfeln beizukommen, in welche unser banges Leben eingewoben ist, und wer deshalb immer in Erwartung der Geheimnisse steht, in Erwartung der ewigen Wunder, die aus jedem neuen Tage auf uns niederfallen. Fromm ist Kant. Fromm ist Goethe. Fromm ist Beethoven. Fromm ist Nietzsche. Fromm ist Noackel. Fromm ist jeder, der weiß: denn er hat die Enge des Erkennens erkannt. Fromm ist jeder, der will: denn er spürt, daß der Drang, der ihn zur Tat stößt, aus Regionen kommt, welche niemals zu erblicken uns vermehrt bleibt. Fromm ist jeder, der liebt: denn er fühlt sich Urmächten untertan, die tief unten im Dunkel drohen. Von solcher Frömmigkeit hab' ich an manchem alten guten Pfarrer in unseren Bergen droben, an manchem Benediktiner, der in seinem Stift über einem vergilbten Homer sitzt, eine heilige Spur, aber an unseren eleganten Kardinalen, an unseren in Religion dilettierenden Prinzen hab' ich nichts davon bemerkt.

Religion, nach der alle menschliche Bildung ringt, Religion, ohne welche niemals menschliche Gesittung war, Religion, in welche jede Wissenschaft, jede Kunst der Menschen endet, ist ihrem Wesen nach das Persönlichste, das der Mensch hat, sein heimlichstes Eigentum, das er mit keinem andern teilen kann, weil sie nur ein anderes Wort für „Selbst“ ist, für das unverlierbare, unteilbare, unsagbare Selbst, in das wir ewig eingeschlossen bleiben. Religion ist die Abrechnung, die jeder bei sich mit seinem Leben macht. Er kann sie für keinen andern machen, weil er kein anderes Leben als das eigene mit eben dieser Macht der großen Geheimnisse spüren kann. Aus Religion eine Partei zu machen, aus dem Persönlichsten eine allgemeine Sache, aus Geheimnissen etwas Dessenliches, ist der frechste Betrug an ihr.

Nein, niemand läßt sich mehr täuschen, als ob, wer kerikal ist, es aus Frömmigkeit, aus Religion wäre. (In England wie in Italien ringen jetzt einige, die Jungkatholiken, die Neukatholiken, verzweifelt um das Recht, innerhalb ihrer Kirche fromm sein zu dürfen; und mit welcher Erbitterung wird es ihnen verweigert!) „Kerikal“ hat mit dem Glauben nichts zu tun. Es ist immer nur die Gesinnung einer politischen Partei gewesen, die kein anderes Programm hat, als eben den Glauben, die religiöse Stimmung der Massen für die Mächtigen, für die herrschenden Klassen auszubenten, um so jene diesen gefügig zu machen und ihnen auszuliefern.

Kerikal sein heißt, den eigenen Bedürfnissen, den eigenen Entwicklungen, dem eigenen Leben entsagen, sich selbst aufopfern einem fremden Willen, einer fremden Ueberzeugung, einer fremden Macht. Wollen wir das? Aber das haben wir ja immer gehabt! Und doch nur, weil uns das unerträglich wurde, haben wir uns endlich erhoben und für jedes dieses Recht verlangt, nach seiner eigenen Kraft an allgemeinen Willen mitzuwirken! Nur um nicht mehr kerikal zu sein, was wir, ob es auch manchmal anders schien, wirklich bisher immer gewesen sind, als Entrechte, Enteiagnete unseres Willens, nur um nicht mehr kerikal, sondern jetzt Herren unseres Lebens zu sein, haben wir uns dieses Recht erstrebt! Und hätten es nur erstrebt, um ihm zugleich wieder zu entsagen? Hätten nur gekämpft, um des Kampfes einzigen Preis dann fogleich zu verleugnen?!

Ich deute mir die Sterne anders, die meiner Heimat leuchten.

wenige Wochen zur Verfügung haben, bevor die Sitzungen eintreten. Im wesentlichen werden seine Aufgaben sein: Konstituierung, Adressdebatten, Budgetprovisorium. Die Landtage, welche in der zweiten Hälfte dieses Monats zusammentreten werden, um eventuell auch über die Wahlpflicht schlüssig zu werden, sollen dann noch einmal, und zwar Anfang September, zu einer mehrtägigen Session einberufen werden, und daran soll sich, wenn das Programm eingehalten wird, Ende Oktober die Winter-session des Reichsrates anschließen, der dann bereits die neuen Vorlagen bezüglich der Regelung unseres Verhältnisses zu Ungarn vorzulegen und somit die Feuerprobe bestehen soll. Aber bis dahin ist noch ein weiter und vielleicht auch ein recht schwieriger Weg.

In der Zukunft will man für Landtage, Reichsrat und Delegationen ein bestimmtes Kalendarium schaffen, damit die Termine für diese parlamentarischen Körperschaften nicht alljährlich wechseln und eine feste Ordnung in der Abwicklung der parlamentarischen Geschäfte eintreten könne. Vorerst haben aber die Wähler das Wort, und sie werden recht viel sprechen können, bevor sie am 15. Mai zum Schlusswort gelangen. Von der Art und nicht minder von dem Klange dieses Schlusswortes wird es abhängen, ob man die neuen parlamentarischen Kalendertage wird rot ansprechen können.

### Inland.

Wien, 1. Februar. (Das Ende der ungarischen Ministerkrise. — Ministerpräsident Dr. Berceller in Wien.) Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Wien: Ministerpräsident Dr. Berceller, der Staatssekretär im Finanzministerium Popovics und Sektionsrat Baron Sclerly sind heute abends in Wien eingetroffen und im Palais des ungarischen Ministeriums abgestiegen. Der Ministerpräsident empfing noch im Laufe des Abends den Besuch des Ministers am Allerhöchsten Hoflager, Grafen Aladar Zichy. Dr. Anton Günther, dessen Ernennung zum Justizminister morgen erfolgen soll, wird morgen früh eintreffen. Die feierliche Einweihung des neuen Justizministeriums wird morgen nachmittags 2 Uhr erfolgen.

Wien, 1. Februar. (Die Czechisierungspolitik im Handelsministerium und in Böhmen.) Wir haben vor einiger Zeit einen Artikel veröffentlicht, in welchem die Zurückdrängung des deutschen und die Bevorzugung des tschechischen Elements in der böhmischen Beamenschaft an der Hand detaillierter Daten dargelegt wurde. So wurde gezeigt, daß man in Böhmen nur 29 deutsche Bezirkshauptmänner zählt (bei 98 Bezirkshauptmannschaften), und daß ganze Scharen von Bezirkskommissären tschechischer Nationalität — wiewohl sie im Lande genug Möglichkeit zum Advancement hätten — zur Dienstleistung ins Handelsministerium einberufen werden. Deutsche Bezirkskommissäre gelangen entweder gar nicht oder nur in sehr vereinzelten Fällen in die Ministerien.

Heute bringt nun die „Bohemia“ ergänzende Daten zu diesen Mitteilungen. Das genannte Blatt führt aus, daß die unheimliche Czechisierungstätigkeit des jetzigen Finanzministers Dr. Raizl nunmehr eine Neuausgabe in dem von Dr. Forscht geleiteten Handelsministerium findet. Erst in jüngster Zeit wurden von dem tschechischen Ressortminister drei tschechische Bezirkskommissäre von der Prager Statthalterei, zwei tschechische Postkommissäre von der Prager Postdirektion und zwei polnische Postsekretäre von der Postdirektion in Lemberg einberufen. Und während die früher unter anderen Ministern einberufenen Konzeptsbeamten noch heute auf die Uebernahme in den Ministerialstatus vergebens warten, sind die jetzt einberufenen zu Weihnachten 1906 bereits zu Ministerial-Bezirkssekretären ernannt worden. Weitere Einberufungen von tschechischen Beamten in das Handelsministerium stehen bevor. Deutsche Konzeptsbeamte aus Böhmen werden seit Jahren nicht in das Handelsministerium einberufen. Bei der Prager Postdirektion ist der Nachwuchs an Konzeptsbeamten überwiegend tschechisch, da die Gesuche deutscher Bewerber entweder liegen gelassen oder abgewiesen werden. In letzter Zeit sind vier Konzeptspraktikantenstellen mit Tschechen besetzt worden. Ein besonderer Eric wird bezüglich der Revisionsbezirke der Prager Postdirektion in Anwendung gebracht. Diese Revisionsbezirke werden durch Zuweisung einiger tschechischer Postämter künstlich zu gemischtsprachigen gemacht und dann mit tschechischen Beamten besetzt, trotzdem deutsche Anwärter, die auch sprachlich vollkommen qualifiziert sind, in genügender Zahl vorhanden sind. Ueberaus bedauernd für den Geist, der mit Dr. Forscht in das Handelsministerium eingezogen ist, ist die Tatsache, daß im Präsidialbureau dieses Ministeriums eine Amtsstampiglie angeheftet wurde mit der Legende: „Presidialni kancelar ministerstva obchozu ve Vidni.“

Ungeachtet so beweiskräftiger Tatsachen und Ziffern, welche vielleicht auch für manche Mythen der letzten Reichsrats-session die Erklärung bieten, muß es einen schwächlichen und geradezu verlegenen Eindruck machen, wenn heute von deutsch-offiziöser Seite durch die „Deutsch-nationale Korrespondenz“ ein Prager Telegramm veröffentlicht wird, welches sich gleichfalls mit der Beamtenfrage beschäftigt. In diesem Telegramm wird erzählt, daß die Zahl der deutschen Richter nicht ausreichte, um alle deutschen Gerichtsorte mit Richtern gleicher Nationalität besetzen zu können. Durch jede Verbesse rung noch gemischtsprachiger Orten werde die Gefahr größer, die Lücken der deutschen Richter auf dem Lande zu erweitern, in welche dann Tschechen einrücken. Ueberdies soll es auf deutscher Seite wiederholt vorgekommen sein, daß Reklamationen gegen die Nationalität von Kandidaten erhoben wurden, die sich selbst als deutsch bezeichnen. Ueber solche Dinge seien die Tschechen schon längst hinaus. Jeder Tscheche betenne sich frei und offen zu seiner Nationalität, und die Reklamateure, welche glauben, daß sie, wenn ihre Nationalität in möglichem Dunkel gefüllt bleibt, besser fortkommen, seien in der tschechischen Beamtenerschaft schon längst ausgestorben.

Im ganzen beschäftigt sich die Publikation der „Deutsch-nationalen Korrespondenz“ ausschließlich mit den Beamten des Justizressorts und führt die Zurücksetzung der Deutschen auf den Mangel an Kandidaten zurück. Die genannte Korrespondenz weiß aber nicht bekannt zu geben, ob diese wohl sehr übertrieben dargestellten Verhältnisse sich auch bei anderen Ressorts vorfinden. Es wird gänzlich ignoriert, daß auch in den Kronländern außerhalb Böhmens genug deutschböhmische Beamte angestellt sind, welche sehr gerne bereit wären, ein